

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Sommersession 2016

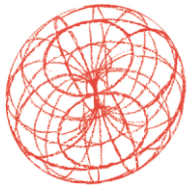
Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht verschiedene Vorstösse zu erwähnen. Die parlamentarische Initiative Amherd „[Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz](#)“ wird erneut im Nationalrat behandelt, nachdem sie vom Ständerat abgelehnt wurde. Der Nationalrat hatte der Vorlage zwar in einer ersten Beratung zugestimmt, es jedoch bereits abgelehnt, den eigentlichen Kern des Verfassungsartikels zu überweisen, mit dem der Bund Grundsätze über die Förderung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen und deren Mitwirkung in Politik und Gesellschaft hätte festlegen können (vgl. [Webbeitrag](#) dazu). Weiter von Interesse ist [die Revision des Adoptionsgesetzes](#), mit der das Kindeswohl bei der Adoptionsentscheidung weiter ins Zentrum gerückt wird. Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist die Öffnung der Stiefkindadoption: Während sie bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften (egal ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich) zu öffnen. Der Ständerat hat dieser Modernisierung des Adoptionsrechts bereits zugestimmt.

Das Postulat „[Stimmrechtalter 16 und Förderung politischer Bildung](#)“ ist auch aus Sicht der politischen Partizipation von Jugendlichen relevant und fordert den Bundesrat auf, einen Bericht zur Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre und zur Verstärkung der politischen Bildung Jugendlicher vorzulegen. Schliesslich wird sich der Nationalrat mit zwei weiteren parlamentarischen Initiativen befassen. Der Vorstoss „[Erhöhung der Familienzulagen](#)“ verlangt eine Erhöhung der Zulagen auf mindestens 250 CHF bzw. der Ausbildungszulage auf mindestens 300 CHF. Die parlamentarische Initiative Joder „[Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden](#)“ fordert eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen, damit Familien, die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen, wirkungsvoller unterstützt und entlastet werden.

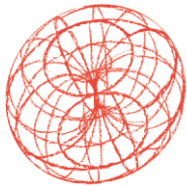
Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte besonders das [Tabakproduktegesetz](#) von Interesse. Das neue Gesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor den negativen Folgen des Tabakkonsums zu schützen. Da die meisten Raucherinnen und Raucher (57%) vor ihrem 18. Geburtstag mit dem Rauchen beginnen, spielt der Jugendschutz im Gesetz eine zentrale Rolle: ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an Minderjährige und eine Einschränkung von Werbeformen, die für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind, sind Bestandteil. Weiter von Interesse ist die parlamentarische Initiative Marra „[Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen](#)“. Dieser Vorstoss verfolgt das Ziel, dass Ausländer der dritten Generation in der Schweiz künftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat ist bereits auf die Vorlage eingetreten, hat diese aber gleichzeitig an die Kommission zurückgewiesen. Nun befasst er sich mit dem neuen Entwurf der Kommission. Schliesslich ist die Interpellation „[Intersexuelle Menschen. Das Zwischenspiel dauert schon zu lange](#)“ zu erwähnen. Die Interpellantin möchte vom Bundesrat wissen, ob er sich zu den Empfehlungen der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin von 2012 zu chirurgischen Eingriffen bei intersexuellen Menschen geäussert hat. Weiter möchte sie wissen, welche Schlussfolgerungen der Bundesrat aus den abschliessenden Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses an die Schweiz vom 4. Februar 2015 und aus den Empfehlungen des UN-Ausschusses gegen Folter zum gleichen Thema ziehen will.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

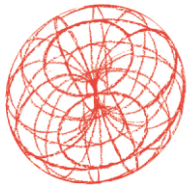
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



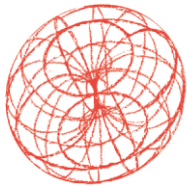
Datum	Nationalrat	Ständerat
30.05.2016	<p>14.094 (Geschäft des Bundesrats): ZGB. Adoption. Änderung. Mit der Gesetzesrevision wird das Anliegen, das Kindeswohl ins Zentrum der Adoptionsentscheidung zu stellen, weiter gestärkt: Die Ermessensspielräume werden erweitert, wenn dies im Interesse des Kindeswohls geboten erscheint (Z.B. Senkung des Mindestalters auf 28 Jahre, flexiblere Beurteilung des Altersunterschieds zwischen Adoptivkind und -eltern). Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist ausserdem die Öffnung der Stiefkindadoption: Während sie bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften (egal ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich) zu öffnen. Ausserdem schlägt der Bundesrat vor, die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören. Der Ständerat stimmte der Modernisierung des Adoptionsrechts zu.</p> <p>Behandlung parlamentarischer Initiativen (Die Behandlung wird an den folgenden Daten fortgesetzt: 31. Mai, 2., 6., 7., 8., 9., 13., 14., 15. Juni):</p> <p>15.405 (Parlamentarische Initiative Ruiz): Erhöhung der Familienzulagen. Die Vorlage verlangt eine Änderung des Familienzulagengesetzes, um Kinderzulagen auf mindestens 250 CHF pro Monat bzw. Ausbildungszulagen auf 300 CHF pro Monat zu erhöhen.</p>	-
02.06.2016	-	<p>16.3144 (Interpellation Rechsteiner): Einbürgerung von Secondos fördern. Der Interpellant verlangt vom Bundesrat Auskünfte zur Einbürgerung von Secondos und Secondas. Insbesondere möchte er wissen, ob der Bundesrat ebenfalls für eine aktive Förderung der Einbürgerung von Secondas und Secondos ist.</p>



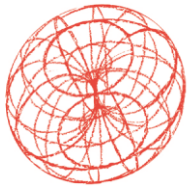
Datum	Nationalrat	Ständerat
02.06.2016		<p><u>16.3145</u> (Interpellation Rechsteiner): Nationale Konferenz Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.</p> <p>Der Interpellant stellt dem Bundesrat Fragen zur Einschätzung der Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik. Insbesondere interessiert es ihn, ob der Bundesrat die Ansicht teilt, dass gerade bei jungen Flüchtlingen, die womöglich lange oder für immer hierbleiben, die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt beschleunigt angegangen werden müsste.</p>
07.06.2016	<p><u>07.402</u> (Parlamentarische Initiative Amherd): Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 67 der Bundesverfassung mit einem Absatz 1bis mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: „Der Bund kann Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen.“ Der Nationalrat hat das Geschäft bereits behandelt und mit Änderungen überwiesen (vgl. Webbeitrag dazu).</p> <p>Der Ständerat trat nicht auf die Vorlage ein, die Vorlage ist nun erneut im Nationalrat traktandiert.</p> <p><u>14.3470</u> (Postulat Reynard): Stimmrechtsalter 16 und Förderung politischer Bildung.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht zu prüfen, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken und gleichzeitig die politische Bildung der Jugendlichen zu verstärken und die Jugendlichen politisch zu sensibilisieren. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme des Vorstosses. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	<p><u>14.094</u> (Geschäft des Bundesrats): ZGB. Adoption. Änderung.</p> <p>Mit der Gesetzesrevision wird das Anliegen, das Kindeswohl ins Zentrum der Adoptionsentscheidung zu stellen, weiter gestärkt: Die Ermessensspielräume werden erweitert, wenn dies im Interesse des Kindeswohls geboten erscheint (Z.B. Senkung des Mindestalters auf 28 Jahre, flexiblere Beurteilung des Altersunterschieds zwischen Adoptivkind und -eltern). Aus der Sicht des Kindeswohls von zentraler Bedeutung ist ausserdem die Öffnung der Stiefkindadoption: Während sie bislang nur einem Ehepaar möglich ist, schlägt der Bundesrat vor, die Stiefkindadoption neu auch Paaren in eingetragenen Partnerschaften und Paaren in faktischen Lebensgemeinschaften (egal ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich) zu öffnen. Ausserdem schlägt der Bundesrat vor, die Pflicht ins Gesetz aufzunehmen, das Kind vor der Adoption anzuhören. Der Ständerat hat als Erstrat der Modernisierung des Adoptionsrechts zugestimmt. Eventuell wird der Ständerat die Differenzen zum Nationalrat behandeln.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
08.06.2016	<p>15.4083 (Motion WBK-N): Honorierung von Unternehmen, die eine Familienpolitik unterstützen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrats fordert den Bundesrat auf, die Ausarbeitung einer „Zertifizierung für familienfreundliche Unternehmen“ zusammen mit den betroffenen Kreisen in den Massnahmenkatalog der Fachkräfte-Initiative aufzunehmen. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p>	<p>16.3146 (Motion Föhn): Sicherung des Programms Jugend und Sport. Der Bundesrat wird beauftragt, für den Bereich Jugend und Sport im Voranschlag 2017 und die folgenden Finanzplanjahre ausreichend Mittel einzustellen, damit auf der Grundlage der aktuellen Beitragssätze die Nachfrage gedeckt werden kann. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Vorstosses, der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.</p>
09.06.2016	<p>16.025 (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020. Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz.</p>	<p>15.075 (Geschäft des Bundesrates): Bundesgesetz über Tabakprodukte. Das neue Tabakproduktegesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor den negativen Folgen des Tabakkonsums zu schützen. Da die meisten Raucherinnen und Raucher (57%) vor ihrem 18. Geburtstag mit dem Rauchen beginnen, spielt der Jugendschutz im Gesetz eine zentrale Rolle: ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an Minderjährige und eine Einschränkung von Werbeformen, die für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind (Werbung auf Plakaten, im Kino und in Print- und Onlinemedien werden verboten). Ebenso untersagte Tabakproduktwerbung wäre die Abgabe von Geschenken an die Konsumentinnen und Konsumenten oder das Sponsoring von Grossanlässen. Der Ständerat berät die Vorlage als Erstrat.</p>
13.06.2016	-	<p>08.432 (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen. Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. Der Nationalrat hat sich im letzten Jahr für eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Der Ständerat ist bereits auf die Vorlage eingetreten, hat diese aber gleichzeitig an die Kommission zurückgewiesen. Nun befasst er sich mit dem neuen Entwurf der Kommission.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
13.06.2016		<p><u>11.3677</u> (Motion Ingold): Gesetzliche Grundlage für Alkoholtstkäufe.</p> <p>Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, schnell eine gesetzliche Grundlage für die Durchführung von Alkoholtstkäufen zur wirksamen Durchsetzung des Jugendschutzes zu schaffen. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion, der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen.</p>
16.06.2016	-	<p><u>16.3148</u> (Interpellation Maury Pasquier): Intersexuelle Menschen. Das Zwischenspiel dauert schon zu lange.</p> <p>Die Interpellantin möchte vom Bundesrat wissen, ob er sich zu den Empfehlungen der Nationalen Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin von 2012 zu chirurgischen Eingriffen bei intersexuellen Menschen geäußert hat oder plant, dies zu tun. Weiter möchte sie wissen, welche Schlussfolgerungen der Bundesrat aus den abschliessenden Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses an die Schweiz vom 4. Februar 2015 und aus den Empfehlungen des UN-Ausschusses gegen Folter zum gleichen Thema ziehen will.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
17.06.2016	<p><u>12.470</u> (Parlamentarische Initiative Joder): Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden.</p> <p>Der Vorstoss verlangt, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass Familien (Eltern und Erziehungsberechtigte), die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen, besser und wirkungsvoller unterstützt und entlastet werden. Die Kommissionen für Soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte sind auf die Vorlage eingetreten. Das Parlament wird über eine Fristverlängerung der Initiative beraten.</p> <p>Bekämpfte und nicht bekämpfte Vorstösse, die in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden (vgl. Liste aus dem Sessionsprogramm).</p> <p>Auf die wichtigsten Geschäfte wird in der Sessionsrückschau eingegangen.</p>	-